

Büffeln für die Wirtschaft

Von [Jan Jirát](#)

Es ist paradox: Geht es um konkrete Schulfragen, haben viele etwas zu sagen. Wenn jedoch die grundsätzliche Rolle der Schule zur Debatte steht, herrscht plötzlich verlegenes Schweigen. Medien, interessierte Parteien und Leserbriefschreibende können sich ereifern, wenn es um die Frage eines Kopftuchs oder einer Plüschvagina im Unterricht geht. Eltern werden rabiat, wenn ihre Kinder ungenügende Noten erhalten.

Wenn aber ein grundlegendes Dokument wie der Lehrplan 21 nach jahrelanger Arbeit hinter verschlossenen Türen öffentlich vorgestellt wird, bleibt es seltsam ruhig. Insbesondere die Deutschschweizer Parteien und PolitikerInnen waren für einmal – mit wenigen Ausnahmen – schweigsam.

Der Lehrplan 21 ist das Resultat eines Verfassungsauftrags: 2006 haben die Stimmberechtigten den sogenannten Bildungsartikel haushoch angenommen, die Kantone sind seither dazu verpflichtet, die Volksschule zu harmonisieren. Der Lehrplan 21 ist die Grundlage dafür – allerdings bloss für die 21 Deutschschweizer Kantone. Die Romandie kennt mit dem Plan d'études romand bereits einen einheitlichen Lehrplan. Ein bedauerlicher Röstigraben durchzieht die Schweizer Bildungslandschaft.

Der Lehrplan 21, den die Deutschschweizer ErziehungsdirektorInnenkonferenz (D-EDK) zu verantworten hat, geht nun bis Ende des Jahres in die öffentliche Konsultation. Frühestens im Herbst 2014 soll er so weit überarbeitet sein, dass die Kantone ihn umsetzen können. Von den Parteien haben sich bislang einzig die SP und die CVP geäussert, und beide grundsätzlich positiv. Alle anderen blieben stumm, auch die SVP, die den Lehrplan 21 noch vor zwei Jahren mit einem eigenen Lehrplan zu torpedieren versuchte.

Dieses Schweigen offenbart, wie orientierungslos die Parteien im Bildungsbereich agieren. Und das bei ständig wachsenden gesellschaftlichen Ansprüchen an die Schule. Viele Lehrkräfte fühlen sich überfordert und, gerade von links, im Stich gelassen. Tatsächlich haben die politischen Parteien ihre Verantwortung in Bezug auf die Gestaltung der Bildungspolitik ausgelagert – mit bedenklichen Folgen. «Der Lehrplan fasst zwei Ebenen zusammen, die getrennt sein müssten», sagt der emeritierte Pädagogikprofessor und Lehrplanforscher Rudolf Künzli. Einerseits gebe es «die professionell-unterrichtspraktische Ebene, wo es um den Aufbau und die Verteilung der Lernstoffe und -ziele geht oder um die Art der Ergebnisprüfungen. Diese Ebene sollte von Leuten aus der Praxis und der Erziehungswissenschaften gestaltet werden.» Es existiere aber auch eine übergeordnete Ebene, wo grundsätzliche Fragen des gesellschaftlichen Auftrags an die Schule behandelt werden: die Bildungsziele oder die Gliederung und Gewichtung der Lerninhalte. «Diese Fragen dürfen nicht hinter verschlossenen Türen von einer Bildungsverwaltung verhandelt werden, wie das im Rahmen des Lehrplans 21 geschehen ist», sagt Künzli.

Die fehlende Auseinandersetzung mit der bildungspolitischen Kernfrage kritisiert auch Linda Stibler, beim linken Thinktank Denknetz in der Fachgruppe Bildung. «Weil die Politik, insbesondere die Linke, diese Frage aus den Augen verloren hat, ist zunehmend die Wirtschaft eingesprungen», so Stibler. «Die Folge ist, dass Bildung nur noch auf den Arbeitsplatz ausgerichtet ist. Im Zentrum steht die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Menschen.» In der Tat haben sich Economiesuisse und der Arbeitgeberverband offensiv in die Konsultation um den Lehrplan 21 eingeschaltet. «Wir bringen uns gern mit Fachwissen bei der konkreten Ausgestaltung der Lerninhalte mit ein», liess der Wirtschaftsdachverband verlauten. Auch der Arbeitgeberverband hat sich bereit erklärt, Unterrichtshilfen zur Verfügung zu stellen.

Dabei müsste laut Stibler das Glück der Kinder als Ziel gelten. Und Kenntnisse über das Leben, die Demokratie, die Umwelt. Die SP wird schon bald ihr Grundlagenpapier zur Bildung, das aus dem Jahr 2008 stammt, überarbeiten. Von den Grünen ist Ähnliches zu erhoffen und zu erwarten. Es wäre die Chance, sich der Kernfrage nach dem Sinn der Bildung zu stellen. Dazu müssten die Direktbetroffenen einbezogen werden: Lehrkräfte, Eltern, SchülerInnen. Denn es geht um die Erziehung zur Mündigkeit aller.

<https://www.woz.ch/-41c6>